

## Der Friedensstadt Augsburg wird der Marsch geblasen

Haben Christian Schmidt und Johannes Hintersberger den OB in ein Komplott verwickelt?

Unsere erste Stellungnahme.....	1
Das Komplott.....	2
Johannes Hintersberger, auf der Spur der Rüstungslobby in Bayern und des bewaffneten Heimatschutzes.....	4
Weitere unselige Umstände.....	8

### Unsere erste Stellungnahme

In einer ersten Stellungnahme zum Einsatz der Bigband der Bundeswehr auf dem Rathausplatz schrieben wir vor knapp drei Wochen:

*Big Band der Bundeswehr auf dem Rathausplatz – der Friedensstadt Augsburg wird der Marsch geblasen*

Aufgespielt wird angeblich zugunsten der neuen Kinderklinik, als ob wir dazu die Bundeswehr bräuchten. Tatsächlich handelt es sich um eine Werbeveranstaltung der Bundeswehr – swingend, versteht sich. Geblasen wird also im Grunde zur völkerrechtswidrigen Beteiligung der Bundeswehr an diversen Koalitionen. Es soll indirekt Stimmung gemacht werden für die laufenden Auslandseinsätze der Bundeswehr, für ihre Finanzierung und die Hochrüstung der Bundeswehr für diese Zwecke. Die Rüstungsproduktion bei Premium Aerotec, MT Aerospace, Renk... läuft auf Hochtouren – auch da ist Musik drin. Swingend soll davon abgelenkt werden, dass der Militärhaushalt genau die Gelder verschlingt, die in Schulen, im Armutsbereich und im Gesundheitswesen dann fehlen – so dass der Freistaat angeblich nicht einmal mehr eine Kinderklinik in der drittgrößten Stadt Bayerns komplett finanzieren kann und zur Restfinanzierung die Bundeswehr braucht.

Bei einer ISAF-Operation in Südafghanistan sind unlängst 14 Zivilisten getötet worden, darunter zwölf Kinder. Zynisch wird hier in Augsburg von einem „Benefizkonzert“ zugunsten der Kinderklinik gesprochen. Von 40 Millionen Euro für die Klinik sind vom Freistaat 36,6 Mio. bewilligt. Den Rest will ein Förderverein mit dem Namen *mukis* unter dem Vorsitz des CSU-Landtagsabgeordneten Max Strehle aufbringen. Max Strehle ist Mitglied der Arbeitsgruppe Wehrpolitik in der Landtagsfraktion. Ihm sei gesagt: Mit dem Geld für einen einzigen Militärtransporter A400M, der auch in Augsburg produziert wird, könnte man vier Kinderkliniken komplett hinstellen.

Auch die Kampagne „City of Peace“ wird bemüht: sie soll den angemessenen Rahmen für die Kriegsmusik bilden. Dies spricht der Mitgliedschaft der Stadt Augsburg im internationalen Städtebündnisses „Cities for Peace“ Hohn, dem der Stadtrat mit einer antimilitaristischen Resolution 2003 beigetreten ist. OB Gribl, der bereitwillig die Schirmherrschaft für den Auftritt der Big Band der Bundeswehr übernommen hat, sei gesagt: Würde die Stadt ihre Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft in „Cities for Peace“ ernst nehmen und die Schaumschlägerei mit „City of Peace“ unterlassen, könnten viele Kinder in Afghanistan, im Irak, in Libyen von den mörderischen Attacken der NATO verschont werden und es würde viel Geld frei für Kinderkliniken und dergleichen auch hierzulande.

Diese Stellungnahme wurde auch vom Augsburg-Wiki übernommen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> <http://www.augsburgwiki.de/index.php/AugsburgWiki/12Juli2011>

## Das Komplott

Mittlerweile wurde die Bodenlosigkeit des Unterfangens noch etwas deutlicher. Neben OB Gribl hat nun auch der Staatssekretär im Verteidigungsministerium Christian Schmidt die Schirmherrschaft übernommen. Damit zeichnet sich dreierlei ab: *Erstens* soll der Affront, den schon das „öffentliche Gelöbnis“ der Bundeswehr am 15. Februar dieses Jahres auf dem Rathausplatz darstellte, ungeniert fortgesetzt werden.<sup>2</sup> *Zweitens* scheint es sich erneut um ein Komplott zu handeln, das direkt aus Bundesverteidigungsministerium heraus organisiert wird, flankiert durch die CSU-Landesleitung. *Drittens* kann der Barras nun glauben, im Oberbürgermeister der drittgrößten Stadt Bayerns einen willigen Mitspieler zu haben.

OB Kurt Gribl ließ sich bereits anlässlich des öffentlichen Rekrutengelöbnisses im Februar zu der Stellungnahme hinreißen: „Die Idee von der Friedensstadt stimmt überein mit dem, was die Bundeswehr leistet.“<sup>3</sup>

Drahtzieher des Auftritts der Big Band der Bundeswehr dürften – wie schon beim „öffentlichen Gelöbnis“ im Februar – der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium MdB Christian Schmidt und MdL Johannes Hintersberger sein. Beide sind führende Wehrpolitiker der CSU.

Christian Schmidt ist Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der Christlich-Sozialen Union (ASP). Im Landesvorstand des ASP ist auch Stefan Düll, der örtliche Organisator des „öffentlichen Gelöbnis“ der Bundeswehr auf dem Rathausplatz im Februar. Nach unseren Informationen ist er mit der Stadträtin und Vorsitzenden der CSU Göggingen, Claudia Eberle, verheiratet. Kooptiertes Landesvorstandsmitglied im Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der CSU (ASP) ist Johannes Hintersberger. Der Fachausschuss Europa des ASP steht unter der Leitung von Markus Ferber, MdEP.

Parallel zum Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik der CSU gibt es einen Arbeitskreis, oft auch Arbeitsgruppe genannt, bei der Landtagsfraktion der CSU. Es handelt sich um die Arbeitsgruppe Wehrpolitik in der Landtagsfraktion der CSU. Den Vorsitz dieser AG Wehrpolitik hat Johannes



Dieses Plakat hängt in der Eingangshalle des Zentralklinikums

<sup>2</sup> s. Bundeswehr – wegtreten! Gelöbnis in Augsburg: widerlich und lächerlich! -

[http://www.forumaugsburg.de/s\\_2kommunal/Friedensstadt/110214\\_rekruten-geloebnis/artikel.pdf](http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Friedensstadt/110214_rekruten-geloebnis/artikel.pdf)

Öffentliches Gelöbnis in Augsburg: Die Bundeswehr hat ein Anerkennungs- und ein Rekrutierungsproblem Düll, Gribl, Hintersberger, Paula, Ruck... tief verstrickt in die herrschende Militärpolitik -

[http://www.forumaugsburg.de/s\\_2kommunal/Friedensstadt/110227\\_rekruten-geloebnis2/artikel.pdf](http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Friedensstadt/110227_rekruten-geloebnis2/artikel.pdf)

<sup>3</sup> Öffentliches Gelöbnis in Augsburg: Die Bundeswehr hat ein Anerkennungs- und ein Rekrutierungsproblem, a.a.o

Hintersberger. Weitere Mitglieder aus dem Raum Augsburg und Schwaben sind zum Beispiel Bernd Kränzle, Josef Miller, Reinhard Pachner, Georg Schmid, Max Strehle, Beate Merk. Wir erinnern daran, dass MdL Max Strehle in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Fördervereins für die neue Kinderklinik praktisch als örtlicher Organisator des Bundeswehrkonzerts fungiert.

Die Führung des wehrpolitischen Flügels der CSU scheint also Christian Schmidt zu haben. Über Christian Schmidt hat die CSU gewaltigen Einfluss auf die Militärpolitik der Bundesregierung. Als parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium hat er den Minister bei der Erfüllung seiner Regierungsaufgaben zu unterstützen. Der Parlamentarische Staatssekretär kann den Bundesminister bei Erklärungen vor dem Bundestag, dem Bundesrat und in Sitzungen der Bundesregierung vertreten. Als parlamentarischer Staatssekretär hat Christian Schmidt ein Grundgehalt von über 11.000 Euro, zusammen mit Diäten und Aufwandsentschädigung aus dem Bundestagsmandat kommt er auf über 23.000 Euro im Monat. Das ist weit mehr als das Gehalt der Bundeskanzlerin und fast das Doppelte eines Ministergehalts.

Politisch hat Christian Schmidt den Verteidigungsminister Franz Josef Jung überlebt, ebenso Karl-Theodor zu Guttenberg. Der jetzige Verteidigungsminister Thomas de Maizière muss großen Wert auf Christian Schmidt gelegt haben, denn normalerweise scheidet der parlamentarische Staatssekretär mit dem Minister aus, außer der neue Minister bestätigt ihn im Amt.

Auf die Rolle Christian Schmidts als Vorsitzender der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, eines „Vereins“ zur Förderung der NATO und zur Vertiefung des Verständnisses ihrer Ziele, wollen wir hier nicht näher eingehen. Nur soviel: bei der Deutschen Atlantischen Gesellschaft gibt es Schnittmengen zu SPD und Grünen. Der Sprecher des rechten „Seeheimer Kreises“ der SPD, Johannes Kahrs, ist Schatzmeister im Präsidium der Deutschen Atlantischen Gesellschaft. Winfried Nachtwei (Bündnis 90/Die Grünen) nimmt dort an Paneldiskussionen teil und Tom Koenigs schreibt in der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik der Gesellschaft.

Ganz zu schweigen von Schmidts Mitgliedschaft des in München ansässigen Kameradenkreises der Gebirgstruppe. Oder von seinem Einsatz für die Rehabilitierung des Jagdfliegers der Wehrmacht und Angehörigen der Legion Condor Werner Mölders. Oder von seinem Sitz im Kuratorium der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e. V.<sup>4</sup>

Interessant ist der Sitz Christian Schmidts im Stiftungsrat der Deutschen Stiftung Friedensforschung. Über diese Stiftung scheint Christian Schmidt nicht nur mit der Sozialdemokratie verbunden (Gernot Erler), sondern es gibt auch einen Zusammenhang zu unserem Inhaber des neuen Lehrstuhls für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Augsburg, Professor Christoph Weller. Dieser organisierte 2009 eine große Tagung, die der „bundesweiten Vernetzung der Lehrenden in der Friedens- und Konfliktforschung“ dienen sollte. Gefördert wurde das Tagungsprojekt des Lehrstuhls durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF). Wer wurde hier alles vernetzt? Hier ein Auszug aus dem Tagungsprogramm vom Samstagabend:

„18.45 Uhr Spaziergang zur Weinbar

19.15 Uhr Soirée: Abendessen, Impulsreferat und anschließendes Gespräch in der Weinbar Schröder, Schlossermauer 10, Augsburg

20.15 Uhr Prof. Dr. Stephan Stetter, Universität der Bundeswehr München: Friedens- und Konfliktforschung an der Bundeswehruniversität“<sup>5</sup>

Professor Weller hatte also offensichtlich kein Problem, seine Tagung durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) finanzieren zu lassen, in der der Hardliner Christian Schmidt im obersten Entscheidungsorgan, dem Stiftungsrat, sitzt. Professor Weller bezog bei dieser Gelegenheit ganz selbstverständlich auch die Universität der Bundeswehr München in seine bundesweite Vernetzung der Lehrenden in der Friedens- und Konfliktforschung ein. Wikipedia schreibt über die Deutsche Stiftung Friedensforschung: „Kritiker sehen in der DSF allerdings einen Versuch der

<sup>4</sup> nach Wikipedia

<sup>5</sup> „Lehre vernetzen – Curricula und Didaktik in der Friedens- und Konfliktforschung“, 13.-15.11.2009 in Augsburg [http://www.philso.uni-augsburg.de/lehrstuehle/politik/politik1/aktuell/Deutsche\\_Stiftung\\_Friedensforschung\\_DSf\\_f\\_rdert\\_Tagungsprojekt\\_des\\_Lehrstuhls\\_f\\_r\\_Friedens-\\_und\\_Konfliktforschung.html](http://www.philso.uni-augsburg.de/lehrstuehle/politik/politik1/aktuell/Deutsche_Stiftung_Friedensforschung_DSf_f_rdert_Tagungsprojekt_des_Lehrstuhls_f_r_Friedens-_und_Konfliktforschung.html)

Bundesregierung, die Friedensforschung zu vereinnahmen und zu zähmen, indem gezielt solche Projekte und Wissenschaftler gefördert werden, die die deutsche Außen- und Verteidigungspolitik rechtfertigen statt sie zu kritisieren.“

Professor Weller scheint damit kein Problem zu haben. Jedenfalls fällt es auf, dass der Augsburger Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung völlig abgetaucht, wenn es um den Innovationspark an der Universität geht – wenn also die Rüstungsforschung in die Universität eingeschleppt wird. Selbstverständlich hörte man bislang vom Augsburger Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung auch keinen Pips gegen das „öffentliche Gelöbnis“ oder die Big Band der Bundeswehr auf dem Rathausplatz. Das sind wohl alles ganz normale, selbstverständliche Angelegenheiten, zu denen man sich als Friedensforscher sich nicht groß äußern braucht.

## **Johannes Hintersberger, auf der Spur der Rüstungslobby in Bayern und des bewaffneten Heimatschutzes**

Christian Schmidts Adjutant in Bayern ist wohl Johannes Hintersberger. Als wir im Februar die beiden Herrschaften bereits als Drahtzieher des öffentlichen Rekrutengelöbnisses auf dem Augsburger Rathausplatz identifizierten,<sup>6</sup> muss es in einer nachfolgenden Stadtratssitzung zu einem Disput im Stadtrat gekommen sein. Hintersberger soll sich bei dieser Gelegenheit über die Veröffentlichungen auf der Webseite des Forums solidarisches und friedliches Augsburg und namentlich auch über den Autor auf dieses Artikels aufgeregt haben. Hintersberger soll sich auf der Stadtratssitzung vom 24. März ferner so echauffiert haben, dass er Ulla Jelpke beispielsweise bezichtigte, öffentlich zum Inbrandsetzen von Fahrzeugen der Bundeswehr aufzurufen. Ulla Jelpke protestierte daraufhin einem Schreiben an Herrn Hintersberger, das sie auch an den gesamten Stadtrat schickte.<sup>7</sup>

Hintersberger, der zur Zeit Parteichef im Bezirksverband Augsburg der CSU werden will, ist in letzter Zeit auffallend agil in Sachen Wehrpolitik. Im Februar dieses Jahres gelangte er sogar in die Welt am Sonntag mit der Schlagzeile: Kampf an der Heimatfront – CSU-Wehrpolitiker Johannes Hintersberger muss Bayerns 68 Bundeswehrstandorte verteidigen, ohne dabei Verteidigungsminister und Parteifreund Karl-Theodor zu Guttenberg zu beschädigen.<sup>8</sup> Der „Kampf an der Heimatfront“ bedeutet für Hintersberger nicht nur die Rettung der Bundeswehrstandorte in Bayern. Hintersberger verfolgt eine gefährliche Heimatfront-Strategie. Diese besteht zum einen aus einer verstärkten Kooperation militärischer und privat-ziviler Einrichtungen, um bei der Bundeswehr Kosten zu sparen. Zum anderen soll die verstärkte Kooperation ziviler Einrichtungen und privater Unternehmen an militärischen Schulstandorten praktiziert werden unter Einbeziehung der IHKs und Handwerkskammern. Hintersberger: „Zivile Zusatzqualifikationen militärischer Kenntnisse werden für die Freiwilligen-Armee einen noch höheren Stellenwert bekommen. Aber auch mit der Aufwertung der Reservisten können Standorte in Zukunft mitgenutzt und so gehalten werden.“

Auf die Frage der Welt am Sonntag, wie man sich das vorstellen könne, sagte Hintersberger ganz unverblümt:

*„Johannes Hintersberger:* Die Reservistenkameradschaften sind ein großes Potenzial an ehrenamtlichen, engagierten Bürgern. Dieses Potenzial muss für die Gesamtaufgabe der Bundeswehr stärker und verantwortlich mit einbezogen werden, schwerpunktmäßig im Bereich der zivilmilitärischen Zusammenarbeit, im Katastrophenschutz zum Beispiel bei Hochwasser und Großunfällen sowie im Heimatschutz.

*Welt am Sonntag:* Das hört sich an, als wollten Sie eine Bürgerwehr.

*Johannes Hintersberger:* Das hat mit Bürgerwehr gar nichts zu tun. Der Reservisteneinsatz ist integrativer Bestandteil der Bundeswehr. Unser Arbeitskreis setzt sich nachdrücklich dafür ein, bei der

<sup>6</sup> Bundeswehr – wegtreten! Gelöbnis in Augsburg: widerlich und lächerlich!, a.a.o

Öffentliches Gelöbnis in Augsburg: Die Bundeswehr hat ein Anerkennungs- und ein Rekrutierungsproblem, a.a.o

<sup>7</sup> [http://www.forumaugsburg.de/s\\_2kommunal/Friedensstadt/110710\\_big-band-bundeswehr/110331\\_Hintersberger.pdf](http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Friedensstadt/110710_big-band-bundeswehr/110331_Hintersberger.pdf)

<sup>8</sup> Welt am Sonntag, 13.2.2011 <http://www.welt.de/print/wams/vermishtes/article12524658/Kampf-an-der-Heimatfront.html>

neuen Reservistenkonzeption die Potenziale unserer engagierten Reservisten für erweiterte Aufgabenbereiche einzubeziehen. Dafür sind eigene Reservestrukturen mit selbstständigen nicht aktiven Einheiten zum Beispiel Reservebataillone aufzubauen. Diese trügen auch zur Verankerung in der Bevölkerung wesentlich mit bei.

*Welt am Sonntag*: Auch bewaffnet?

*Johannes Hintersberger*: Ja. In diesen Reservestandorten sind dann auch das notwendige Gerät, die Ausrüstung und Bewaffnung vorzuhalten. In einem Katastrophen- oder Verteidigungsfall stünde so schnell zusätzliches Potenzial zum Einsatz bereit. Dieses ehrenamtliche, freiwillige Engagement und die Kompetenz unserer Reservisten nicht zu nützen, wäre unklug, ja unverantwortlich. Unsere Reservisten sind ein starkes Stück der Bundeswehr!<sup>9</sup>

Selbstverständlich soll mit einem Konzert der Big Band der Bundeswehr auf dem Rathausplatz auch eine gute Stimmungsgrundlage gelegt werden für solche abartigen und verfassungswidrigen Vorhaben wie dem bewaffneten Heimatschutz, von dem die CSU und andere rechtskonservativen Kräfte schon lange träumen. Es handelt sich um den schleichenden und in Zukunft immer offeneren und dreisteren Einsatz der Bundeswehr im Inneren und die entsprechende, unterstützende Propaganda. Der Grund, warum sich Protest gegen das Konzert der Big Band der Bundeswehr erhebt, ist ja, dass es sich dabei schon um einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren handelt.

Bei der zivil-militärischen Zusammenarbeit/Inneres, sprich Heimatschutz, hat Hintersberger natürlich die volle Rückendeckung der CSU-Spitze. Laut Innenminister Herrmann ist es schon eine Frage des Patriotismus und nicht nur des Geldes, ob man genügend Freiwillige für den Wehrdienst rekrutieren könne. Dabei denkt Herrmann neben dem Einsatz der Bundeswehr im Ausland durchaus auch an die „Aufgaben“ der Bundeswehr im Inland. Der Blog „Die Dreckschleuder“ schreibt dazu im Mai dieses Jahres:

„Herrmann sagte, insbesondere fehle eine Antwort auf die Frage, »wie anstelle der Wehrpflichtigen künftig genügend Freiwillige für den Wehrdienst rekrutiert werden können«. Dies sei nicht nur eine Frage des Geldes, »sondern auch unseres Patriotismus«. Herrmann befürchtet, »dass wir bald eine Reihe leerstehender Kasernen haben werden«. Vor allem müsse aber klar sein, welche Ziele und Aufgaben die Bundeswehr der Zukunft im Ausland wie im Inland verfolgen soll. »Ich gehe davon aus, dass unter diesen Aspekten die ambitionierten Sparziele viel zu hoch gesteckt sind.«

»Erster Punkt ist, dass die 8,3 Milliarden Euro Einsparziel reduziert werden müssen«, sagte Johannes Hintersberger, der Leiter des Arbeitskreises Wehrpolitik in der Landtags-CSU. Die Sparvorgabe habe Gutenberg »zumindest ein Stück weit akzeptiert«. Nun zeige sich, »dass bei den 8,3 Milliarden Euro wenig nachvollziehbar dargestellt wurde und wird, wie das mit der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr einhergehen kann.« Hintersberger schlug vor, die alljährlichen Pensions- und Versorgungsleistungen von 3,6 Milliarden Euro an nicht mehr aktive Soldaten aus dem Etat des Ministeriums herauszunehmen.<sup>10</sup>

Kühn, wie Hintersberger ist, schlägt der hier vor, 3,6 Milliarden aus dem Verteidigungsetat auf andere Etats zu verlagern. Das ist keine Kleinigkeit, im Grunde ist das ein äußerst dreister und brutaler Vorschlag, der einem gewaltigen Kahlschlag in anderen Bereichen des Bundeshaushalts gleichkäme. Und obendrein will Hintersberger das Sparziel von 8,3 Milliarden für die Bundeswehr reduzieren. So macht der Mann in Summe vielleicht fünf oder sechs Milliarden für die Bundeswehr locker – auch für den Heimatschutz! – wenn man ihn ließe.

Für solche Pläne hat Hintersberger nicht nur das bayerische Kabinett und den CSU-Landesvorstand und den Verteidigungsstaatssekretär hinter sich, sondern in erster Linie auch die deutsche Rüstungsindustrie, die ja zu einem Drittel in Bayern konzentriert ist. So lud Hintersberger im vergangenen Jahr zum alljährlichen Sommerfest der Arbeitsgruppe Wehrpolitik auch Vertreter von Eurocopter aus Donauwörth. Stefan Wölfl, Assistent der Geschäftsleitung Eurocopter und Dr. Hans-Jürgen Schraut, Leiter Politik- und Regierungsangelegenheiten Eurocopter nahmen zusammen mit dem Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag Georg Schmid an den Feierlichkeiten teil. Stilgerecht wurde in einer Tiefgarage unweit des Landtags ein „zünftiges“ Biwak für die Feier

<sup>9</sup> Welt am Sonntag, 13.2.2011 ebd.

<sup>10</sup> <http://4topas.wordpress.com/2011/05/15/chaos-wohin-man-sieht/>

errichtet. Bei dieser Gelegenheit musste es sich wohl um eine Sternstunde des MdL Hintersberger gehandelt haben, durfte er doch im Beisein hochrangiger Rüstungsmanager den Ministerpräsidenten Seehofer zum Ehrenmitglied der AG Wehrpolitik ernennen.<sup>11</sup>

Das Onlineblatt Business for Business, angesiedelt im Konzern der Augsburgers Allgemeinen, vergisst am Ende seines Berichts nicht, auf das Zusammenspiel militärischer und ziviler Kräfte in Bayern abzuheben – also noch einmal Propaganda für den verfassungswidrigen Heimatschutz zu machen und dies als die zentrale Aufgabe der Arbeitsgruppe Wehrpolitik der CSU zu formulieren:

„Zum 1. Januar 2007 trat die Strukturreform in der Organisation der Landesverteidigung in Kraft. Seitdem spielt der Katastrophenschutz bei der Bundeswehr eine größere Rolle als in der Vergangenheit. Hier will die Arbeitsgruppe Wehrpolitik ein gutes Zusammenspiel militärischer und ziviler Kräfte in Bayern gewährleisten.“<sup>12</sup>

Ganz aktuell befließigte sich Johannes Hintersberger als Vorsitzender des Arbeitskreises Wehrpolitik der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, den Panzerexport nach Saudi-Arabien zu verteidigen. Dabei sind seine Begründungen schon sehr bemerkenswert:

„... Die rot-grüne Bundesregierung habe zwischen 1998 und 2005 Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien in dreistelliger Millionenhöhe genehmigt, darunter auch den Verkauf von Munition für Haubitzen, Munitionsteilen für Maschinengewehre, Kanonen und Mörser sowie Teile für gepanzerte Fahrzeuge und Kampfflugzeuge. »Deshalb agieren SPD und Grüne mit ihrer gegenwärtigen Kritik scheinheilig«, so Hintersberger.

Die jetzt bekannt gewordene Strafanzeige der Grünen gegen das deutsche Unternehmen sei deshalb grober Unfug. »Dann müssten sie wegen der Ära Schröder/Fischer ja Selbstanzeige erstatten.«

Natürlich spiele es bei Rüstungsgütern eine Rolle, ob sie in eine stabile oder eine Krisenregion geliefert werden. Aber gerade deshalb könne nicht außer acht bleiben, dass Saudi-Arabien immer wieder zu Stabilität in der Region und zum Ausgleich zwischen arabischen Staaten und Israel beigetragen habe. Außerdem müsse Deutschland in der politischen Debatte zwischen strategisch wichtigen Partnern und Schurkenstaaten unterscheiden.

Wenn aber ein solcher Export aus grundsätzlichen Überlegungen zu vertreten sei, müsse man zusätzlich sehen, dass die wehrtechnische Industrie für den Forschungs- und Entwicklungs-, aber gerade auch für den Produktionsstandort Bayern von großer Bedeutung sei. Beispielsweise würde dieser Auftrag 5.000 Arbeitsplätze sieben Jahre lang sichern. »Gerade auch aus sicherheitspolitischen Aspekten ist der Erhalt einer eigenständigen leistungsfähigen wehrtechnischen Industrie in Deutschland von wesentlicher Bedeutung«, so Hintersberger.

Und weiter: Oder möchte sich die einstige Arbeiterpartei SPD vor die Werkstore beispielsweise von Krauss Maffei stellen und den Arbeitern sagen: ‚Euch brauchen wir nicht?‘<sup>13</sup>

Wir merken hierzu an, dass sich Hintersberger bei diesem Rüstungsauftrag nicht nur für Krauss Maffei stark macht, sondern auch – ohne davon zu sprechen – für die Renk AG in Augsburg, die als Weltmarktführer bei Getrieben für Kettenfahrzeuge auch den Kampfpanzer Leopard 2 ausrüstet. Bei einem Gesamtvolumen von 1,7 Milliarden Euro dürfte hier für Renk einiges abfallen. Also ist einer der Rüstungsbetriebe der Friedensstadt Augsburg wieder mal bei einem schmutzigen Geschäft dabei.

Und Hintersberger versäumt es nicht, auch an diesem Fall zum wiederholten Male den enormen Nutzen der wehrtechnischen Industrie für die gesamte Industrie, Forschung und Entwicklung in Bayern hervorzuheben. Hintersberger vertritt nämlich die irre These, dass die Rüstungsindustrie unverzichtbar für jede Art von Entwicklung, Forschung und Produktion in Bayern sei. Dass es quasi ohne die Rüstungsindustrie in Bayern keine Innovation, keine Entwicklung und keine Zukunft für die Forschung gebe. Land auf, Land ab verkündet dies Hintersberger seit geraumer Zeit, sei es in

<sup>11</sup> [http://www.b4bschwaben.de/nachrichten/donau-ries\\_artikel,-Eurocopter-feiert-mit-Arbeitsgruppe-Wehrpolitik-\\_arid,50798.html](http://www.b4bschwaben.de/nachrichten/donau-ries_artikel,-Eurocopter-feiert-mit-Arbeitsgruppe-Wehrpolitik-_arid,50798.html)

<sup>12</sup> [http://www.b4bschwaben.de/nachrichten/donau-ries\\_artikel,-Eurocopter-feiert-mit-Arbeitsgruppe-Wehrpolitik-\\_arid,50798.html](http://www.b4bschwaben.de/nachrichten/donau-ries_artikel,-Eurocopter-feiert-mit-Arbeitsgruppe-Wehrpolitik-_arid,50798.html)

<sup>13</sup> <http://www.angelika-schorer.de/fraktionsmeldungen/2011/07/johannes-hintersberger-beim-panzergeschafft-mussen-spd-und-grune-die-scheinheilige-debatte-beenden/>

Pressemitteilungen der CSU-Landtagsfraktion<sup>14</sup>, sei es in einem flammenden Beitrag in der Zeitschrift der IHK Augsburg-Schwaben:

„Die rund 550 Unternehmen der bayerischen Luft- und Raumfahrt erwirtschaften einen Umsatz von ca. 6,5 Mrd. Euro pro Jahr. Davon entfallen über 40 % auf wehrtechnische Märkte.

Die Wehrtechnik setzt gerade für den Luftfahrzeugbau bei uns in Augsburg/Bayerisch-Schwaben entscheidende Entwicklungsimpulse. Unternehmen wie Premium Aerotec (Augsburg), MT Aerospace (Augsburg), Eurocopter (Donauwörth), Liebherr-Aerospace (Lindenberg) oder Renk Test System (Augsburg) sowie viele mittelständische Zulieferer zeigen dies deutlich auf.

Zahlreiche zukunftsweisende Entwicklungen gehen aus der Wehrtechnik hervor. Mit Ausgaben für Forschung und Entwicklung von bis zu 19 % des Umsatzes ist die Branche Innovationsmotor. Bayern braucht Spitzenforschung wie die Luft zum Atmen. Unser Rohstoff sind die Ideen. Aus Ideen entstehen Innovationen, die wiederum neue Produkte hervorbringen. Unsere eigenständige und forschungsstarke Wehrindustrie ist Innovationsmotor für viele andere Bereiche...“<sup>15</sup>

Hintersberger lässt es sich in diesem Zusammenhang – in seinem Lobgesang auf die Rüstungsindustrie in der IHK-Zeitschrift – nicht nehmen, auch die Entwicklung von Carbonfaserverbundmaterialien anzusprechen und damit *direkt* die Rüstungsindustrie und *indirekt* den geplanten Innovationspark bei

<sup>14</sup> <http://www.csulandtag.de/www/pm/2011011.pdf>

<sup>15</sup> „Wir in Bayern bleiben airminded“, Beitrag von Johannes Hintersberger als Vorsitzender des wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag in der Zeitschrift der Industrie- und Handelskammer Bayerisch-Schwäbische Wirtschaft 11/2010:

Unsere innovative Wehrtechnik in Bayern macht die Bundeswehr einsatzfähig und schützt unsere Soldatinnen und Soldaten im Einsatz. Die Wehrtechnik ist aber auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und eine entscheidende Treiberin und Impulsgeberin für technologische Entwicklung. Bayern ist heute einer der renommiertesten Luft- und Raumfahrtstandorte in Europa. Über 60.000 Personen in Bayern arbeiten im Bereich der Luft- und Raumfahrt, darunter rund ein Viertel in Bayerisch-Schwaben. Die rund 550 Unternehmen der bayerischen Luft- und Raumfahrt erwirtschaften einen Umsatz von ca. 6,5 Mrd. Euro pro Jahr. Davon entfallen über 40 % auf wehrtechnische Märkte.

Die Wehrtechnik setzt gerade für den Luftfahrzeugbau bei uns in Augsburg/Bayerisch-Schwaben entscheidende Entwicklungsimpulse. Unternehmen wie Premium Aerotec (Augsburg), MT Aerospace (Augsburg), Eurocopter (Donauwörth), Liebherr-Aerospace (Lindenberg) oder Renk Test System (Augsburg) sowie viele mittelständische Zulieferer zeigen dies deutlich auf.

Zahlreiche zukunftsweisende Entwicklungen gehen aus der Wehrtechnik hervor. Mit Ausgaben für Forschung und Entwicklung von bis zu 19 % des Umsatzes ist die Branche Innovationsmotor. Bayern braucht Spitzenforschung wie die Luft zum Atmen. Unser Rohstoff sind die Ideen. Aus Ideen entstehen Innovationen, die wiederum neue Produkte hervorbringen. Unsere eigenständige und forschungsstarke Wehrindustrie ist Innovationsmotor für viele andere Bereiche. Die Rüstungsindustrie hat vieles angestoßen, was uns im Alltag begleitet. So ist der Airbag bei der Entwicklung von Raketenmunition entstanden. Windkraftanlagen finden ihren Ursprung im Bereich der Hubschrauber-Rotorblätter. Durch die Druckwellen der Überschalljets entstanden Nierensteinertrümmerer. Auch die gerade für unsere Region so wichtige Entwicklung von Carbonfaserverbundmaterialien ist hierbei zu nennen. Die wehrtechnische Industrie ist Keimzelle des Erfindergeistes und unverzichtbarer Technologietreiber. Erst durch die Luft- und Raumfahrt entwickelte sich Bayern zu einem weltweit führenden Hightechstandort. Unser Land braucht seine Luft- und Raumfahrtindustrie und es braucht seine Wehrtechnik.

Die Erfolge des bayerischen Aerospace- und Verteidigungsbereichs sind auch das Ergebnis einer langfristig angelegten bayerischen Technologie- und Innovationspolitik. Die Bayerische Staatsregierung kennt die strategische Bedeutung der Luft- und Raumfahrt für Bayern als Hightechstandort. Seit 1990 hat sie mehr als 180 Mio. Euro für die Luft- und Raumfahrtforschung bereitgestellt. Durch die Förderung der Hightechcluster Luft- und Raumfahrt sowie Satellitennavigation wird die Vernetzung der Spieler weiterhin verstärkt.

Eine wettbewerbsfähige Verteidigungsindustrie ist aber auch über Bayern hinaus wichtig für das politische Gewicht Europas in der Welt, gerade auch für unsere Mitgestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der transatlantischen Sicherheitspolitik. Eine eigenständige, unabhängige wehrtechnische Industrie sichert kritisches Know-how auf Engineering Competence. Sie hilft uns, den Anschluss an andere Nationen zu halten. Die Wehrtechnik wird weltweit als strategische Technologie gesehen, für uns ist sie entwicklungs-, industrie- und arbeitsmarktpolitisch existenziell.

Diese zentrale Bedeutung muss in der Ausformung der anstehenden Bundeswehrreform gesichert, ja ausgebaut werden. Das Erbe von Franz-Josef Strauß muss Verpflichtung sein: „Wir in Bayern bleiben airminded.“

der Universität. Wenn Hintersberger dabei auch vom medizinischen Segen der Überschalljets spricht, so kann er eigentlich nur den Tornado und den Eurofighter meinen und der notwendige Zusammenhang von der Produktion von Kampfhubschraubern nebst zugehörigen Rotorblättern bei Eurocopter und Windkraftanlagen leuchtet doch jedem Kind in Bayern ein (da „airminded“):

„Die Rüstungsindustrie hat vieles angestoßen, was uns im Alltag begleitet. So ist der Airbag bei der Entwicklung von Raketenmunition entstanden. Windkraftanlagen finden ihren Ursprung im Bereich der Hubschrauber-Rotorblätter. Durch die Druckwellen der Überschalljets entstanden Nierensteinertrümmerer. Auch die gerade für unsere Region so wichtige Entwicklung von Carbonfaserverbundmaterialien ist hierbei zu nennen. Die wehrtechnische Industrie ist Keimzelle des Erfindergeistes und unverzichtbarer Technologietreiber. Erst durch die Luft- und Raumfahrt entwickelte sich Bayern zu einem weltweit führenden Hightechstandort. Unser Land braucht seine Luft- und Raumfahrtindustrie und es braucht seine Wehrtechnik.“

## Weitere unselige Umstände

Es gibt weitere unselige Verbindungen. So sitzen beide Schirmherren des Bundeswehrkonzerts, Christian Schmidt und Kurt Gribl, im Landesvorstand der CSU, übrigens zusammen mit Christian Ruck. Wobei Kurt Gribl bei der regulären Vorstandswahl auf dem Nürnberger Parteitag im Jahre 2009 eigentlich durchgefallen ist, dann aber vom Parteivorsitzenden Seehofer in einen so genannten erweiterten Vorstand kooptiert wurde. Seit Juli 2009 gehört der Augsburger OB also dem erlauchten Gremium des Landesvorstands der CSU an.<sup>16</sup>

Dass ein Staatssekretär aus dem Verteidigungsministerium die Schirmherrschaft für einen Bundeswehrauftritt übernimmt, wundert uns nicht. Wir fragen uns aber wie schon beim letzten Mal, als Oberbürgermeister Gribl die Schirmherrschaft für das öffentliche Rekrutengelöbnis auf dem Rathausplatz übernahm und sogar noch einen Empfang im Rathaus gab: Wie kommt eigentlich der Oberbürgermeister dazu, den Rathausplatz für den Barras herzugeben, ohne den Stadtrat zu fragen. Wir haben nach dem Gelöbnis im Februar die Hoffnung geäußert, dass der Skandal wenigstens danach im Stadtrat aufgegriffen und problematisiert wird. Die Linke im Augsburger Stadtrat hat damals gesagt, sie habe zu spät davon erfahren. Die Entscheidung des OB sei nach der Stadtratssitzung gefallen. Jetzt müssen wir aber vermuten, dass die Kompetenz des Oberbürgermeisters, die Bundeswehr jederzeit im öffentlichen Raum der Stadt agieren zu lassen, im Stadtrat offensichtlich nicht bestritten, ja nicht einmal thematisiert wird. Auch von der Linken im Stadtrat gibt es weder *nach* dem Rekrutengelöbnis noch *vor* dem Bundeswehrkonzert eine Stellungnahme, Presseerklärung oder dergleichen.

Wir fragen uns auch, wieso der Klinikvorstand Schmidtke ganz selbstverständlich hinter dem Bundeswehrkonzert steht und das so genannte Klinik-TV sogar Propaganda für das Konzert macht. In einer Pressemitteilung des Klinikums heißt es:

„»Das Benefizkonzert ist ein wichtiger Baustein in dem Bauvorhaben und trägt dazu bei, die Kinder- und Jugendmedizin, aber auch die Frauenklinik am Klinikum Augsburg bekannt zu machen«, ist Vorstand Alexander Schmidtke überzeugt. Jung und dynamisch wird auch die Musik sein, die die Big Band der Bundeswehr verspricht. »Keine Marschmusik, sondern beliebte aktuelle Songs, aber auch Swing aus den vergangenen Jahren« kündigt Thomas Ernst an. Auch »ein bisschen Frieden« wird zwar nicht eingespielt, aber angestimmt: Das Benefizkonzert wird an die Veranstaltungsreihe »City of Peace« der Stadt Augsburg angeknüpft und bildet einen »lauten Abschluss« der Veranstaltungsreihe rund um die FIFA Frauen-Weltmeisterschaft Deutschland 2011, so der Projektleiter der Stadt Augsburg, Richard Goerlich.“<sup>17</sup>

Das Klinikum ist nach der Augsburger Stadtverwaltung vielleicht das größte Unternehmen im Raum Augsburg mit etwa 5000 Beschäftigten. Verwaltungsratsvorsitzender ist Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, sein Stellvertreter als Verwaltungsratsvorsitzender ist Bürgermeister Hermann Weber. Der erste stellvertretende Verwaltungsratsvorsitzende ist Landrat Martin Sailer vom Landkreis Augsburg. Weitere Mitglieder des Verwaltungsrats sind Stadtrat Rolf Harzmann, Stadtrat Bernd Kränzle,

<sup>16</sup> <http://www.augsburger-allgemeine.de/augsburg/Gribl-rueckt-in-den-CSU-Landesvorstand-nach-id6198641.html>

<sup>17</sup> [Http://www.klinikum-augsburg.de/375d1232/Aktuelles/Aktuelle%20Pressemitteilungen.htm](http://www.klinikum-augsburg.de/375d1232/Aktuelles/Aktuelle%20Pressemitteilungen.htm)



Stadträtin Christa Stephan und Stadtrat Dimitrios Tsantilas und auch Stadtrat Johannes Hintersberger (!), sowie Kreisrat Max Strehle.<sup>18</sup>

Man sieht schon, dass die CSU ihre Funktionen, ihren Einfluss, ihr Netzwerk auf allen Ebenen zur Geltung bringt, um die Zivilgesellschaft zu militarisieren und andere Kräfte, wie zum Beispiel ein ehemaliger Chefarzt wie Rolf Harzmann oder Christa Stephan von der SPD das hinnehmen.

Traurig ist, dass man von der Gewerkschaft ver.di, von der zum Beispiel in München und auf Landesebene Bayern relativ starke antimilitaristische Impulse ausgehen, in Augsburg keinen Protest hört. Auch vom Personalrat des Klinikums, in dem ver.di stark vertreten ist, hört man – nach außen wenigsten – nichts.

Traurig ist auch die Verballhornung von „City of Peace“, ein Markenzeichen, das jetzt wohl für alles erhalten soll. Traurig auch, dass die Stadtverwaltung ihre Teilnahme am internationalen Städtebündnis „Cities for Peace“ damit wohl beerdigt hat.

*Peter Feininger*

---

<sup>18</sup> <http://www.klinikum-augsburg.de/4430/Verwaltungsrat.htm>